

Rede zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs von Bürgermeister Michael Joithe am 13. Dezember 2022 im Rat der Stadt Iserlohn

(es gilt das gesprochene Wort)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

Kämmerer Michael Wojtek und ich legen Ihnen heute den Haushaltsplanentwurf 2023 vor, zu dem der Kämmerer im Anschluss wie gewohnt detailliert Stellung nehmen wird. Da der Kämmerer Ihnen die Zahlenwerke sehr klar und eindeutig darlegen wird, werde in meiner Haushaltrede nur wenige Kennziffern erwähnen.

Der jetzt vorliegende Haushaltsentwurf war aus vielerlei Hinsicht eine große Herausforderung. Der späte Zeitpunkt der Einbringung ist ein erstes Indiz dafür, wie komplex die Aufstellung des Haushalts dieses Mal war.

Ich bedanke mich bei Michael Wojtek, seinem Team und allen beteiligten Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung für die erneut anspruchsvolle Arbeit, unter den aktuellen Bedingungen einen Haushaltsplan zu entwerfen, der uns nicht in einen Nothaushalt führt und gleichzeitig die zahllosen externen Effekte, auf die ich im weiteren Verlauf eingehen werde, berücksichtigt.

Der Haushalt 2023 bleibt bis zur Verabschiedung sehr dynamisch, da auch auf der Kreisebene das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Mit der Verabschiedung des Haushalts, wahrscheinlich im März, stellen wir gemeinsam wichtige Weichen für die weiteren Entwicklungen in Iserlohn. Disziplin und kritische Betrachtung aller Aufgaben und Projekte bleiben unausweichlich!

Gemeinsam haben wir bis dahin noch große Anstrengungen vor uns, um die Chance zu wahren, weiterhin auf Steuererhöhungen zu verzichten.

Damit habe ich bereits den ersten sehr wichtigen Faktor dieses Haushaltsentwurfs ver-raten: Entgegen allen Planungen in den letzten Jahren ist es gelungen in diesem Jahr und in der mittelfristigen Finanzplanung ohne Steuererhöhungen auszukommen.

Die Belastungen unserer Bürgerinnen und Bürger sind in den vergangenen Monaten geradezu explodiert, umso glücklicher bin ich, dass wir es erneut vermeiden konnten, Steuern zu erhöhen.

-

Wir befinden uns immer noch mitten in einer nie dagewesenen Krisensituation. Und leider ist die Corona-Pandemie inzwischen nicht mehr der alleinige Krisenherd.

Die Mehrbelastungen durch pandemiebedingte Aufgaben und die Abstands- und Hygieneregeln konnten durch den Verlauf der Pandemie zwar inzwischen ein wenig reduziert werden, aber im zurückliegenden Jahr hat die Pandemie auf andere Weise in der Verwaltung zu sehr großen Problemen geführt.

Hatten wir in den Pandemie Jahren 2020 und 2021 in der Verwaltung jeweils rund 150 Quarantänefälle, so überschreiten wir im Jahr 2022 aller Voraussicht bis zum Jahresende die 800er Grenze.

Die explodierenden Ansteckungsquoten insbesondere der Omikron-Variante haben zeitweise ganze Abteilungen lahmgelegt. Der Arbeitsausfall durch die dadurch entstehenden Fehlzeiten ist nicht mehr zu kompensieren. Und ein Ende ist noch nicht in Sicht.

Insbesondere auch, weil durch zwei Jahre Maske tragen die Immunsysteme geschwächt sind und zusätzlich weitere Infektionskrankheiten auffällig häufig ebenfalls für zusätzliche Fehlzeiten sorgen.

Das merken wir alle in unserem täglichen Umfeld und das spüren wir natürlich auch sehr deutlich in der täglichen Arbeit der Verwaltung.

Diese Entwicklung, verstärkt durch eine Vielzahl unbesetzter Stellen, führt zu massiver Überlastung der Mitarbeitenden, welche wiederum zusätzliche Fehlzeiten verursacht.

Wenn die Beantwortungen politischer Anfragen viel zu lange dauern, wenn Drucksachen nicht fristgerecht fertig werden und vielleicht Tagesordnungspunkte dadurch verschoben werden müssen oder wenn z.B. Organisationsuntersuchungen viel länger dauern als ursprünglich geplant, dann sind das keine bewussten Entscheidungen, sondern die Folgen dieser Personalsituation.

Ich kann an dieser Stelle nur um Verständnis werben und Ihnen versichern, dass die Kolleginnen und Kollegen bereits oft am oder über dem Limit arbeiten.

-

Das Jahr 2022 sollte das Ende der Krise einläuten und alleine auf Corona bezogen wäre das vielleicht möglich gewesen.

Stattdessen führt uns der schreckliche Angriffskrieg Putins seit Februar direkt in die nächste Krise.

Oder sollte ich sagen: in die nächsten Krisen!

Denn neben der Flüchtlingssituation kommen noch eine Energieversorgungs- und eine Energiepreiskrise hinzu.

Dieser schreckliche Angriffskrieg hat uns mit brachialer Gewalt vor Augen geführt, dass Frieden nicht selbstverständlich ist und wir jeden Tag aufs Neue daran arbeiten müssen.

Millionen Menschen sind auf der Flucht, den Großteil der Last schultern ukrainische und polnische Städte, aber auch in Iserlohn haben wir schon rund 1200 Flüchtlinge aufgenommen.

Die Solidarität und Hilfsbereitschaft, sei es durch Spenden oder persönliche ehrenamtliche Arbeit, ist überwältigend und macht mich als Bürgermeister stolz auf unsere Stadtgesellschaft!

In gemeinsamer Anstrengung haben wir es bisher vermeiden können, dass - wie 2015 und auch aktuell in vielen anderen Kommunen – Sport- und Veranstaltungshallen zu Massenunterkünften wurden.

Die Unterbringungssituation der Flüchtlinge in unserer Waldstadt kann man weiterhin nicht nur als vorbildlich, sondern vor allem als menschenwürdig bezeichnen.

Während wir durch hervorragende Arbeit der ehrenamtlich tätigen Bürgerinnen und Bürgern, sowie der Kolleginnen und Kollegen aus der Verwaltung die Flüchtlingssituation im Griff haben, stellen uns die Energiekrisen noch immer vor große Herausforderungen.

Die Energieversorgung in diesem Winter scheint durch die Maßnahmen der Regierungen einigermaßen gesichert zu sein und auch wir haben die Sparvorgaben so gut es ging umgesetzt.

Größere Sorgen als die Versorgungslage mit Gas macht uns aber die Energiepreiskrise, welche enormes sozial-gesellschaftliches Krisenpotenzial hat.

Bis tief in die Mittelschicht stellen die massiv gestiegenen Energiekosten unsere Bürgerinnen und Bürger vor große Probleme. Die Nebenkosten sind längst zur zweiten Miete geworden und Heizen wird zum Luxus.

Darauf hier im Detail einzugehen, würde den Rahmen einer Haushaltsrede sprengen.

Nur so viel, natürlich stehen wir seit vielen Monaten mit den Sozialpartnern, der Verbraucherberatung, der Arbeitsagentur und dem Jobcenter, sowie den Stadtwerken und den städtischen Töchtern im engen Austausch, um im Rahmen unserer Möglichkeiten zu unterstützen wo es geht.

So wurden gemeinsame Beratungsmöglichkeiten, z.B. im Wald-Stadt-Labor, eingerichtet und eine enge Zusammenarbeit und regelmäßiger Austausch vereinbart, damit die Bürgerinnen und Bürger bestmöglich betreut und beraten werden können.

Wir können nur gemeinsam hoffen, dass die vereinbarten Preisbremsen greifen und die Situation zumindest entschärfen.

-

Aber als wäre dies noch nicht genug, besteht eine weitere große Herausforderung weiterhin: Die Verwaltungsabläufe werden durch die vielzähligen Standorte der Kernverwaltung im Stadtgebiet massiv beeinträchtigt.

Wege werden weiter und die Laufzeiten der leider noch nicht digitalen Akten dauern erheblich länger. Dies alles belastet nicht nur die Schnelligkeit und die Abläufe der Verwaltung, sondern natürlich auch die Menschen, die hier täglich unter diesen Bedingungen arbeiten.

Dafür möchte ich mich auch an dieser Stelle bei allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung noch einmal herzlich bedanken. Ich bin mir sehr bewusst darüber, was Sie alle für unsere Stadt leisten.

Rathaus 1 wird hoffentlich im kommenden Jahr endlich leergezogen werden und die Umzüge, die immer noch für viele Kolleginnen und Kollegen an der Tagesordnung sind, finden in 2023 ein Ende.

Das Jahr 2024 sollte dann von einer neuen Normalität geprägt sein und die Standortverteilung wird für die nächsten Jahre stabil bleiben. Nur so können sich die Abläufe ein wenig normalisieren und neue organisatorische und strukturelle Realitäten etablieren.

Insbesondere für den Bereich der Digitalisierung und Automatisierung der Verwaltung, muss der Fokus geschärft und die Geschwindigkeit erhöht werden.

Auch in diesem Bereich können wir Fortschritte verzeichnen, wenn auch viel langsamer als ich es mir wünschen würde.

Leider sind wir hier sehr abhängig von politischen Entscheidungen auf anderen Ebenen. Und natürlich ist die Umstellung analoger Prozesse in die digitale Welt eine große Herausforderung für unsere Mitarbeitenden.

Trotzdem kommen über unser Service-Portal regelmäßig neue digitale Verfahren für unsere Bürgerinnen und Bürger hinzu.

Mit der Anschaffung einer speziellen Software haben wir die nächsten Schritte zur Digitalisierung der verwaltungsinternen Prozesse gemacht.

Die Digitalisierung der Verwaltung, die Automatisierung von Vorgängen und die elektronische Aktenführung müssen dafür sorgen, in unserer Verwaltung Prozesse und Arbeitsabläufe zu standardisieren und in immer größerem Ausmaß digital abzuwickeln.

Es liegt noch ein weiter Weg vor uns, der aber aus vielen Gründen unabdingbar ist.

Im wichtigen Bereich der Bürgerbeteiligung haben wir mit dem Bürgerecho und weiteren Angeboten die Digitalisierung schon vollzogen. Insbesondere das Bürgerecho ist ein riesiger Erfolg und wird von den Bürgerinnen und Bürgern sehr gut angenommen.

Über alle Kontaktmöglichkeiten gerechnet konnten wir die Anzahl der Kontakte im Vergleich zu den Vorjahren vervielfachen.

Für die Bürgerinnen und Bürger ansprechbar zu sein, ist in meinen Augen eine der Kernaufgaben einer modernen, kommunalen Verwaltung. Mindestens genauso wichtig ist, auch zeitnah Antworten liefern zu können.

Durch die massive Steigerung der Kontakte, müssen wir nun auch personell nachlegen, denn aktuell gibt es für über 1.000 Fälle im Jahr nicht mal eine ganze Stelle für die Koordinierung der Bearbeitung der Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger.

Wir sollten gemeinsam ein starkes Signal senden, dass wir die Belange der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.

-

Meine Damen und Herren,

meine Unterschrift unter den Ihnen vorliegenden Haushaltsentwürfs ist mir sehr schmerzlich gefallen.

Dabei sind es gar nicht so sehr die tatsächlichen Zahlen, die mir Bauchschmerzen bereiten, sondern die Tatsache, dass dieser Haushalt, wie schon in den Jahren zuvor, immer mehr ein Haushalt zulasten der nachfolgenden Generationen wird.

Nicht nur dadurch, dass wir durch strukturelle Defizite im zweistelligen Millionenbereich erneut das Eigenkapital schwächen.

Das zum 01.10.2020 in Kraft getretene Isolationsgesetz soll erneut verlängert und um kriegsbedingte Parameter ausgeweitet werden.

Neben pandemiebedingten Belastungen, die letztmalig bei der Aufstellung dieses Haushaltes isoliert werden können, sollen bis 2026 auch finanzielle Belastungen, die aus dem Ukrainekrieg resultieren, bei der Isolierung berücksichtigt werden. Darunter fallen auch die zu erwartenden Mehrkosten für Energie in den Verwaltungen.

Auf dieser Grundlage wurden kriegsbedingte Belastungen in einem Umfang von rd. 6,8 Mio. Euro im städtischen Haushalt und im Wirtschaftsplan KIM isoliert.

Das sind 6,8 Millionen Euro, die uns in diesem Jahr vor dem Überschreiten der Haushaltssicherungsschwelle bewahren, aber es sind eben auch weitere 6,8 Millionen Euro, die wir unseren Kindern und Enkeln als Hypothek hinterlassen.

Es wird sehr viel davon abhängen, wie die Rückführung dieser isolierten Beträge tatsächlich stattfinden kann.

-

Sahen die Planungen im letzten Jahr für 2023 noch ein Defizit von rund 12,1 Mio Euro vor, müssen wir uns vor Augen führen, dass diese Planungen eine Steuererhöhung von 6 Mio. Euro enthalten hatten.

Um diesen Betrag bereinigt, sind wir im Laufe des Jahres 2022 einem Plandefizit von 30 Mio. Euro gefährlich nahegekommen.

Ob OVG Urteil zum kalkulatorischen Zins der Stadtentwässerung, drohende Mehrausgaben durch §2b Umsatzsteuergesetz u.a. beim SIH, sinkende Ausschüttungen bei den städtischen Töchtern, eine stärkere Übernahme der Defizite der MVG oder massive Mehrausgaben bei den Energiekosten für städtische Gebäude - alle diese extern bedingten Faktoren haben unterjährig die Planzahlen in die Höhe getrieben.

Hinzu kam, dass mit dem Wechsel der Zinspolitik erstmalig auch wieder die Kosten der Kassenkredite an Relevanz gewonnen haben.

Glücklicherweise ist bei den genannten externen Effekten nicht überall der worst case eingetreten.

Der entscheidende Faktor ist aber die erwartete Gewerbesteuereinnahme, die entgegen den bisherigen Planungen um 9 Mio. Euro höher ausfällt. Diese Zahlen sind aber nicht etwa wohlwollend geschätzt.

Für das Jahr 2022 kann ein Ertrag aus der Gewerbesteuer in Höhe von voraussichtlich 76,0 Mio. Euro realisiert werden.

Dieses für Iserlohn im Vergleich zu den Vorjahren ungewöhnlich gute Ergebnis beruht im Wesentlichen auf erheblichen Nachzahlungsbeträgen für Vorjahre.

Unter Berücksichtigung dieser Besonderheit werden daher in Anlehnung an die Steuerschätzung des Arbeitskreises aus November 2022 Einnahmen in Höhe von 68,0 Mio. Euro in 2023 erwartet.

Weitere Verbesserungen ergaben sich aus der zeitlich verzögerten Gewinnausschüttung des Sondervermögens Stadtentwässerung für das Jahr 2021, so dass der Entwurf des Haushalts 2023 bei einem Gesamtvolumen von knapp 339 Mio. Euro mit einem Defizit in Höhe von 11.104.870 Euro zur Beratung vorgelegt wird.

Ein Faktor, der uns bei der diesjährigen Haushaltsplanaufstellung das Leben schwer gemacht hat, ist die Kreisumlage, die inkl. der Defizite der MVG für unsere Stadt um rund 4 Millionen Euro gestiegen ist.

Die Stadt Iserlohn wird im Jahr 2023 rund 73,2 Millionen Euro an den Märkischen Kreis überweisen. Vereinfacht ausgedrückt könnten wir also unsere kompletten Gewerbesteuereinnahmen sowie zusätzlich noch die Hälfte des Gemeindeanteils der Umsatzsteuer direkt beim Kreiskämmerer abliefern.

Die Personalaufwendungen sind mit 88,5 Mio. Euro erneut der größte Einzelposten. Der weitaus größte Teil der Steigerung von rund 5 Mio. Euro gegenüber den Planungen für 2022 ergibt sich allerdings durch notwendige Nachträge im laufenden Jahr.

Insbesondere durch die Flüchtlingsentwicklung, die Gesetzesänderungen beim Wohngeld und Entwicklungen bei der Feuerwehr musste unterjährig auf pflichtige Aufgabenausweitungen reagiert werden.

Dass die tatsächlichen Jahresabschlüsse erheblich besser ausfallen, kann dabei nur wenig trösten, denn dies ist nicht zuletzt leider durch extrem viele unbesetzte Stellen zu Lasten der Kolleginnen und Kollegen und die Belastungen der zukünftigen Generationen im wahrsten Sinne des Wortes teuer erkaufte.

Wie beschrieben, entsteht ein erheblicher Teil der zusätzlichen Personalkosten durch zusätzlich Aufgaben, die wir durch Entscheidungen auf der Bundes- und Landesebene zu erbringen haben.

Daneben sind die Kostenübernahmen sowohl dieser Personalkosten, als auch der Kosten für das Vorhalten von noch unbelegten Unterkünften für Flüchtlinge genauso ungeklärt, wie weitere Details zur Erstattung der Flüchtlingskosten.

Solange der Bund und zum Teil auch das Land nicht dem Konnexitätsprinzip folgen und stattdessen immer neue Leistungen bestellen, die am Ende die Städte und Gemeinden zahlen müssen, bleibt die Haushaltskonsolidierung in den Planrechnungen ein nahezu hoffnungsloses Unterfangen.

Auch wenn das Plandefizit für 2023 nicht so nah an der Haushaltssicherungsschwelle liegt, wie in den Vorjahren, dürfen wir uns nicht darauf verlassen, dass es so bleibt. Die Lage ist einfach zu dynamisch, insbesondere die weiteren Entwicklungen des Ukrainekrieges haben sehr großen Einfluss.

Um auch zukünftig handlungsfähig zu bleiben und vor allem Steuererhöhungen weiterhin zu verhindern, dürfen wir in den Konsolidierungsbemühungen nicht nachlassen.

Die Verwaltung hatte die Aufgabe nicht nur alle freiwilligen Leistungen herauszuarbeiten, sondern wurde auch beauftragt, Einsparvorschläge in Höhe von 10% der Sachkosten zu machen. Die Ergebnisse liegen seit dem Sommer vor und müssen nun in den anstehenden Haushaltsplanberatungen gemeinsam bewertet und beschlossen werden.

Wir sollten dabei das Ziel von 10% nicht aus den Augen verlieren.

Auf der anderen Seite müssen wir aber auch die Erfüllung der Pflichtaufgaben prüfen und weiter optimieren, um effizienter und somit am Ende kostengünstiger Leistungen für unsere Bürgerinnen und Bürger zu erbringen.

-

Zum Abschluss möchte ich noch einen ganz kurzen Blick auf die Zukunft werfen.

Es klafft eine riesige Wunde im Herzen unserer Stadt. Der Abriss des Schillerplatzes und des Karstadt Gebäudes sind die sichtbaren Spuren des Wandels. Und wenn der Abriss und die weiteren Aufräumarbeiten in Kürze abgeschlossen sein werden und die Bodenuntersuchungen folgen, beschäftigt wohl die meisten Iserlohrerinnen und Iserlohrer die Frage, welches Gesicht wird der neue Schillerplatz haben.

Welche Nutzungsmöglichkeiten wird es geben und entsteht dort ein neues Zentrum mit ansprechendem Ambiente und einer hohen Aufenthaltsqualität?

Mit der Neugestaltung des Schillerplatz-Areals haben wir eine für die nächsten Jahrzehnte stadtbildprägende Entscheidung vor uns.

Die ersten Schritte sind gemacht und durch den interfraktionellen Beschluss und den Workshop konnten wichtige Erkenntnisse erlangt werden.

Trotzdem liegt noch ein weiter Weg vor uns. Der Schillerplatz ist nicht weniger als das Wohnzimmer unserer Stadt. Hier wird die Zukunft unserer Innenstadt mitentschieden. Mit den richtigen Angeboten und einer ansprechenden, nachhaltigen Architektur müssen wir einen neuen Magneten für die Innenstadt schaffen und die Aufenthaltsqualität optimieren. Dabei müssen wir die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt mitnehmen.

Einige weitere große Baustellen möchte ich mit Blick auf die Uhr heute nur kurz anreißen:

Mit der Entwicklung des Areals am Güterbahnhof im Rahmen des sogenannten Wissenscampus, den notwendigen Investitionen in die Schulinfrastruktur unserer Stadt und insbesondere den anstehenden Investitionen bei der Feuerwehr haben wir weitere riesige Vorhaben auf der Agenda.

Zusätzlich stellt sich in absehbarer Zeit auch die Frage nach der Zukunft unserer Rathäuser? Die aktuelle Zersplitterung der Verwaltung im Stadtgebiet ist eine Notlösung aber sicher kein dauerhafter Zustand.

Für alle diese Großprojekte ist es wichtig, dass wir handlungsfähig bleiben. Die Finanzierung wird uns noch vor sehr große Probleme stellen, aber wir sprechen hier auch von den Baustellen der nächsten 10-15, vielleicht sogar 20 Jahre.

Trotzdem wird eine Finanzierung aus kommunalen Mitteln nicht zu leisten sein. Je nach Projekt müssen wir alle möglichen Fördermaßnahmen in Anspruch nehmen und natürlich auch private Investoren finden.

Mit der bereits angestoßenen Neuausrichtung der Projektbeteiligten am Wissenscampus ist ein erster Schritt vollzogen. Wirtschaft und Wissenschaft stärker einzubinden und gemeinsam tragfähige Lösungen zu entwickeln, die einen wirklichen Mehrwert für unsere Stadt leisten können.

-

Liebe Ratsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der vorliegende Haushaltsentwurf für das Jahr 2023 und die mittelfristige Finanzplanung senden in sehr unsicheren Zeiten ein starkes Signal: Es sind aktuell keine Steuererhöhungen geplant.

Ein sehr wichtiges Signal für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt, aber auch für die Unternehmerinnen und Unternehmer.

Um das sehr hohe Niveau in unserer Waldstadt, insbesondere bei Bildung, Sport und Kultur, zu halten und gleichzeitig die großen Infrastrukturprojekte zu ermöglichen, sollten wir zusätzliche Leistungen, Ideen und Projekte sehr genau prüfen.

Lassen Sie uns gemeinsam den Weg weiter gehen und unsere tolle Waldstadt zusammen zukunftsfest gestalten.

Herzlichen Dank!